

Mit Diplomatie hat das nichts zu tun, Frau Markwalder

Parlamentspräsidenten gehen immer häufiger auf Reisen. Doch ausgerechnet ihre Besuche haben keinen aussenpolitischen Nutzen



Paul Widmer

Frau Nationalratspräsidentin Christa Markwalder reist gern und empfängt gern. Bis Ende Jahr wird sie auf zwölf offiziellen Reisen siebzehn Länder besucht haben. Ihre Vorgänger gaben sich im Schnitt mit fünf zufrieden. Nur Ständeratspräsident Filippo Lombardi übertrumpfte sie. Er jettete in seinem Amtsjahr in zwanzig Staaten herum. Parlamentspräsidenten in anderen Ländern halten es gleich. Auch deren Reiselust wächst. Diese Herbstsession hofiert Frau Markwalder jede Woche einen Kollegen mit dem üblichen Zeremoniell: Der Ehrengast nimmt kurz auf der Tribüne Platz, wird mit Applaus vom Plenum begrüsst, tauscht bei einem Essen einige artige Worte mit der Gastgeberin aus und darf dann auf Staatskosten bis zu drei Tage die Schweiz bereisen. Warum dieser Aufwand?

Die Antwort lautet: wegen der subtilen Wirkung parlamentarischer Diplomatie. In einer vernetzten Welt und im Zeichen der Public Diplomacy hätten die Volksvertreter eben auch eine diplomatische Rolle zu spie-

len. Stimmt das? Ja, bis zu einem gewissen Grad. Sprachgewandte Europaratsdelegierte, amerikakundige National- und Ständeräte im parlamentarischen Verein Schweiz-USA, das ergibt Sinn. Sie können mit ihren Kontakten die Interessenvertretung eines Landes verstärken. Eine kluge staatliche Diplomatie wird sich solcher Reservekräfte gern bedienen. Ein Schweizer Nationalrat kann in der Türkei andere Dinge sagen als ein Diplomat. Denn er äussert nur seine eigene Meinung, allenfalls noch jene seiner Partei, hat aber doch einen gewissen staatlichen Nimbus. Er spricht jedoch nie im Namen des Staates. Dazu hat er kein Mandat. Die Worte eines Diplomaten dagegen behaften die Schweiz. Deshalb wollen sie gut bedacht sein. Letztlich zählt nur sein Wort.

Insgesamt gibt es jedoch zwischen parlamentarischer und eigentlicher Diplomatie wenig Gemeinsames. Die Aufgaben von Exekutive und Legislative sind verschieden. Der liberale Staat hat nicht umsonst die Gewaltenteilung eingeführt. Und vor allem lässt die Arbeitsteilung zwischen gesetzgebender und ausführender Gewalt keinen Platz für eine eigenständige Diplomatie von Parlamentspräsidenten. Denn diese können nicht für die Schweiz sprechen. Das ist dem Bundesrat vorbehalten. Sie können sich aber auch nicht wie einfache Abgeordnete hinter ihrer persönlichen Meinung verstecken. Ihre Stellung ist zu prominent. Sie vertreten ja eine ganze Kammer. Das zeigt das Dilemma



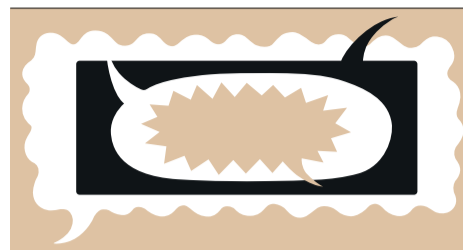
Es wäre an der Zeit, den emsigen Besuchsreigen wieder einzuschränken. Viel verlieren würde man nicht.

der Besuchsdiplo-matie von Parlamentspräsidenten: Was sie tun, ist selten nützlich, meistens überflüssig, manchmal gar schädlich. Mehr Möglichkeiten gibt es nicht.

Sie können erstens Höflichkeiten austauschen. Das ist es, was sie meistens tun. Bringt wenig, aber schadet auch nichts. Sie können zweitens die Politik der Regierung bekräftigen. Ist in einzelnen Fällen nützlich, meist jedoch überflüssig. Drittens können sie eine von der Regierung abweichende Meinung äussern. Das kommt selten vor. Aber wenn es vorkommt, schafft es Probleme. Jedes Land, das ernst genommen werden will, muss mit einer Stimme sprechen. Die Regierung hat dann über die eigentliche Diplomatie den Schaden wieder zu reparieren, den die parlamentarischen Repräsentanten angerichtet haben.

Für Parlamentspräsidenten hat es in der Diplomatie keinen Platz. Entweder spielen sie die Melodie der Regierung, oder sonst verursachen sie Misstöne. Ein Drittes gibt es nicht. Es wäre an der Zeit, den emsigen Besuchsreigen wieder einzuschränken. Viel verlieren würde man nicht. Die Würde eines Nationalrats- oder Ständeratspräsidenten liegt in einem tüchtigen Vorsitz in seinem Rat und einer klugen Oberaufsicht über die anderen Gewalten - und nicht in Ausflügen aufs diplomatische Parkett.

Paul Widmer ist Alt-Botschafter und lehrt an der Universität St. Gallen.



Showdown

Francesco Benini

Wissenschaftler haben ausserhalb unseres Sonnensystems einen Planeten entdeckt, der bewohnbar sein könnte. Grundsätzlich heisst das noch nicht viel. Das Entle-

buch gilt auch als habitabel, trotzdem ziehen die Menschen weg, sobald sich eine Gelegenheit ergibt. «Proxima Centauri b» ist nur vier Lichtjahre von uns entfernt. Eine Reise dorthin dauert also fast genau gleich lang wie eine Rede von Bundesrat Schneider-Ammann. Die Wissenschaftler werfen Fragen auf, die viele Menschen beschäftigen: Gibt es fernab der Erde intelligentes Leben? Sind wir alleine im Universum oder nicht? Wer wird der nächste Sportchef von YB?

«Proxima Centauri b» umkreist einen roten Stern, der leichter und dunkler ist als unsere Erde. Die Umlaufzeit beträgt lediglich 11,2 Tage. Was nichts anderes heisst, als dass dort oben alle 11,2 Tage Weihnachten ist. Die Samichläuse aus Schokolade werden nie aus den Regalen genommen. Der Einkaufsstress ist enorm. Unklar ist jedoch, ob es auf dem gerade entdeckten Planeten Wasser gibt. Möglicherweise rotiert der Planet in einer Weise, dass er dem Stern ständig die gleiche Seite zuwendet. Es wäre der Julio Iglesias unter den Planeten - der spanische Sänger stand stets so auf der Bühne, dass man seine Stirnglatze nicht so gut sehen konnte. Auf einer Hälfte des Planeten wäre es stets heiss, auf der anderen bitterkalt. Insgesamt scheint uns da die Erde doch der gastlichere Planet. Hier muss man sich zwar geschlagene drei Jahre mit den Varianten einer möglichst verfassungskonformen Umsetzung der sogenannten Masseneinwanderungsinitiative herumschlagen. Hier beschäftigt man sich ständig mit der Frage, wer der neue Sportchef von YB wird. Aber nach fünf Wochen Regen scheint immerhin für eine halbe Stunde die Sonne.

TV-Kritik Von Lucienne-Camille Vaudan

Dem Bösen auf der Spur – diesmal als unaufgeregter Gefängnisarzt

Überführt

Doku-Serie auf www.zdf.de/zdfinfo

Er beginnt mit einer grossen Ankündigung: «Mein Name ist Joe Bausch. Das Gefängnis, die Verbrecher, das ist mein Leben.» Tatsächlich ist Bausch Arzt in der deutschen Justizvollzugsanstalt Werl. Dem Fernsehpublikum ist er aber aus dem Kölner «Tatort» bekannt. Dort spielt er den Gerichtsmediziner Joseph Roth, der für die Kommissare Ballauf und Schenk Mordopfer obduziert.

In seiner 45-minütigen, online gezeigten Doku-Serie will er nun ergründen, was einen Menschen zum Verbrecher macht. Bausch fragt jene, die es wissen müssten: verurteilte Kriminelle. In der letzten Folge ging es um den Bandenboss Hadida. Eigentlich heisst Hadida «Ibrahim», und ein richtiger Bandenboss war er wohl auch nie. Dafür schon mit 12 Jahren ein Intensivstraf-täter aus Berlin-Neukölln. Kaum strafmündig, wird er mit 14 wegen schwerer Körperverletzung und 70 weiterer Delikte zu sechseinhalb Jahren Gefängnis verurteilt. Er wird neben Mördern und Totschlägern erwachsen, ist heute 24 und geläutert.

Bausch geizt nicht mit Pathos: Da gibt es dumpfe Musik, nachgestellte Szenen, seine tiefe Stimme aus dem Off, die Gefängnis-kulisse. Trotzdem ist Bauschs Zugang zu



Der Mann, der bei «Tatort» Leichen obduziert, ist hier in seinem Brotberuf zu sehen: Im Gespräch mit Straftätern.

seinem Protagonisten unaufgeregt. Fast väterlich blickt er auf den kleineren Ibrahim. Wenn er etwas fragt, dann nicht anklagend oder empört. Mit krummen Biografien ist Bausch vertraut, ausserdem hat Ibrahim seine Strafe abgesehen. Dass nicht moralisiert wird, ist angenehm. Vielleicht gehört es aber auch einfach zum Deal mit dem Protagonisten, das Erzählte nicht zu sehr infrage zu stellen. Wenn Bausch kritisch hinterfragt, dann höchstens im Off. Etwa: «Mein Eindruck ist, Ibrahim denkt vor allem an sein eigenes Schicksal.»

Aber was hat Ibrahim nun zum Verbrecher gemacht? Die Antwort darauf ist eher enttäuschend, eine Aneinanderreihung von Klischees: Ibrahim, der in der Schule gehänselt wurde, Ibrahim, der höchstens die Wahl zwischen Hilfsarbeiter und Hartz IV gehabt hätte. Ibrahim, das Opfer seiner Umstände. Stoff für einen höchstens mitelmässigen «Tatort».

Grenzerfahrung

Arbeitsmarkt in Gefahr



Marina Masoni

Am 25. September steht für den Tessiner Arbeitsmarkt viel auf dem Spiel. Das Stimmvolk befindet über zwei Volksinitiativen und je einen Gegenvorschlag dazu: Eine Initiative heisst «Basta con il dumping salariale!» (Schluss mit Lohndumping!), die andere «Prima i nostri» (Zuerst die Unsrigen).

Die erste Initiative wurde vom Movimento per il Socialismo (Bewegung für den Sozialismus) lanciert und fordert die Einführung eines invasiven Systems von Lohnkontrollen: Jeder geltende und neue Arbeitsvertrag müsste einem kantonalen Amt gemeldet werden, mit sehr detaillierten Angaben (Art der Anstellung, Dauer, Funktion, erforderliche Qualifizierung, Arbeitsort, wöchentliche Arbeitszeit, Entlohnung, Geschlecht, Alter, Nationalität, Wohnort). Der Kanton würde dann jedes Jahr gestützt auf diese Angaben eine Lohnstatistik veröffentlichen. Bei Unregelmässigkeiten würden die betroffenen Arbeitgebenden den zuständigen Behörden gemeldet. Zudem käme vom Kanton pro 5000 Stellen ein Arbeitsinspektor zum Einsatz (Kostenpunkt laut den Initianten sechs Millionen Franken jährlich, laut der Regierung zehn Millionen).

Die zweite, von der SVP lancierte Initiative verlangt die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative auf Kantonsebene und damit den Schutz des Tessiner Arbeitsmarktes und de facto die Aufhebung der Personenfreizügigkeit (Vorrang einheimischer Arbeitnehmender sowie Verbot der Kündigung Ansässiger zugunsten von nicht ansässigen Arbeitnehmenden).

Die beiden Gegenvorschläge des Parlaments sehen unverbindliche und allgemeinere Bestimmungen vor. Doch so wie heute der Wind weht, darf die Gefahr, dass wenigstens eine oder gar beide Initiativen angenommen werden, nicht unterschätzt werden. In diesem Fall wäre der Tessiner Arbeitsmarkt überreglementiert und würde sich einigeln. Für die Unternehmen würde die erste Initiative erheblichen bürokratischen Mehraufwand bedeuten. Und für die Angestellten wäre der Schutz sensibler Daten, wie der Höhe des Lohns, nicht mehr gewährleistet: Schon heute sickern oft Informationen auch aus staatlichen Einrichtungen nach aussen. Es käme zu Umwälzungen bei den Rahmenbedingungen für die Unternehmen.

Was wären die Folgen? Niemand besitzt eine Kristallkugel. Doch Vernunft und Erfahrung lehren uns, dass eine solche Abschottung und Überregulierung nicht die Lohnempfänger schützt - sondern die unternehmerischen Aktivitäten erstickt. Dem Grenz-kanton drohen der Verlust vieler Chancen und hohe wirtschaftliche Einbussen.

Marina Masoni ist Anwältin und ehemalige Staatsrätin des Kantons Tessin.